

SÜDWIND e.V.
Lindenstr. 58-60,
53721 Siegburg
Telefon: 02241-53617, Fax: -51308
Email: info@suedwind-institut.de
Website: <http://www.suedwind-institut.de>



Neue Studie erschienen:

„Wer soll das bezahlen? Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise.“

Siegburg, 01.09.2010: Die nächste Zwischenbilanz zum Stand der Millennium-Entwicklungsziele (MDG) steht bevor. Sie lässt jedoch kaum etwas Gutes ahnen. Wie die heute erschienene SÜDWIND-Studie „Wer soll das bezahlen? Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise“ zeigt, haben die drei großen globalen Krisen die Erreichung der MDG im Jahr 2015 erschwert. So leben heute mit über 1 Milliarde mehr Menschen in Armut als je zuvor. Die Finanzierung zur Abfederung der Krisen, zur Erreichung der MDG und für den Klimaschutz ist jedoch möglich.

„Alle drei Krisen treffen die Armen besonders stark, obwohl sie nicht zu deren Entstehen beigetragen haben“, so Irene Knoke, Expertin für entwicklungspolitische Fragen bei SÜDWIND und Autorin der Studie. „Wenn die Entwicklungsländer mit zusätzlichen Kosten zur Anpassung oder Abfederung solcher Krisen konfrontiert sind, müssen diese Kosten von den Verursachern der Krisen getragen werden“ fordert Knoke. Die Studie versucht, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und beschreibt eine Reihe bereits existierender Vorschläge. So sollen durch innovative Instrumente krisenverstärkende Ursachen wie beispielsweise der CO₂-Ausstoß oder Spekulationen auf den Finanzmärkten mit einer Abgabe belegt werden, um so gleichzeitig Gelder mobilisieren zu können. Zu diesen Vorschlägen zählen unter anderem die Finanztransaktionssteuer, Flugticketabgabe oder ein entschiedeneres Vorgehen gegen Steuerflucht und Steueroasen.

Gerade jetzt bedarf es enormer Summen, um die Folgen der einzelnen Krisen zu bewältigen. Allein zur Anpassung an den Klimawandel brauchen die Entwicklungsländer jährlich 50-100 Mrd. US-Dollar. Mindestens doppelt so viel wäre anfänglich nötig, um auch im Süden ausreichende Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. Als Hauptverursacher der Krisen steht der Norden dabei in der Pflicht, die armen Länder auf diesen Kosten nicht sitzen zu lassen und gleichzeitig seine internationale Verpflichtung zur Armuts- und Hungerbekämpfung einzuhalten. „Die in der Studie dargestellten Instrumente könnten Gelder zum Schuldenabbau mobilisieren, so dass eine Sparpolitik, wie sie bereits von den wichtigsten Industrienationen angedacht ist, nicht nötig wäre. Angesichts der großen Herausforderungen in der Armutsbekämpfung wäre Sparen mit einer Kapitulation vor den MDG gleichzusetzen“, stellt Martina Schaub, Geschäftsführerin von SÜDWIND, fest.

„Wir fordern den Mut der Politik, bereits diskutierte oder existierende Finanzierungsinstrumente umzusetzen, auszuweiten und in den Dienst der Armutsbekämpfung und Klimafinanzierung zu stellen, denn auf diese Weise könnte weit mehr Geld mobilisiert werden, als zur Bewältigung der drei Krisen in den Entwicklungsländern und zur Erreichung der MDG nötig wäre,“ so Knoke.

Kontakt: Irene Knoke, E-Mail: knoke@suedwind-institut.de, Tel.: 02241-259 547

Bestellung: Die Studie wird auf www.suedwind-institut.de zum Download angeboten und kann als Druckversion unter info@suedwind-institut.de oder via Tel.: 02241-536 17 zum Preis von 5 Euro bestellt werden.